

INHALT

1. CDU-Fraktion erzielt Teilerfolg in Debatte über Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufes
2. CDU-Fraktion lehnt Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde ab
3. Zunehmende Diabeteserkrankungen auch in Schleswig-Holstein
4. Chronisch kranken Kindern helfen
5. Piraten machen einmal mehr Klamauk
6. Probleme der kooperativen Leitstellen lösen!

14.12.2012

**CDU-Fraktion erzielt Teilerfolg in Debatte über Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufes
Regierungsfractionen schließen sich CDU-Forderung nach dualem Pflegestudium an!**



Katja Rathje-Hoffmann, MdB

Die CDU-Fraktion hat in der heutigen Plenardebatte zur Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe einen Teilerfolg errungen: Die Koalitionsfraktionen übernahmen die früher gestellte Forderung der CDU, die Einrichtung eines dualen Pflegestudiums zu prüfen. „Die Zukunftsfähigkeit der Pflege ist und bleibt eines der herausfordernden Themen unserer Zeit.

Ein duales Pflegestudium soll dazu beitragen, dass mehr junge Leute einen Pflegeberuf ergreifen. Sie erhalten dadurch bessere Möglichkeiten, um sich beruflich weiter zu entwickeln und zu qualifizieren“, erklärte dazu die CDU-Sozialpolitikerin Katja Rathje-Hoffmann in Kiel.

Den Erfolg und das große Interesse an einem dualen Pflegestudium belegten Zahlen aus

Hamburg. Dort gebe es aktuell 156 eingeschriebene Studenten. Allein im letzten Jahr hätten 68 Studenten ihr Studium aufgenommen, obwohl ursprünglich nur 30 Plätze vorgesehen waren.

Nicht durchsetzen konnten sich FDP und CDU mit der Forderung, die sprachlichen Hürden für ausländische Pflegekräfte auf ein akzeptables Niveau zu senken. Ein entsprechender Antrag wurde durch die Koalitionsfraktionen abgelehnt. Vor einigen Monaten wurde öffentlich, dass qualifizierte ausländische Pflegekräfte in Schleswig-Holstein nicht arbeiten durften, weil sie das Sprachniveau „B2“ (spontane und fließende Verständigung) nicht erreichten. Auch die Forderung der CDU nach einer schnellen und unbürokratischen Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Pflegebereich lehnten die Koalitionsfraktionen ab.

Entgegen der Warnungen der CDU setzten die Koalitionsfraktionen die Einrichtung einer Pflegekammer durch. Die CDU hatte sich dagegen ausgesprochen, weil diese durch die ohnehin niedrig bezahlten Arbeitskräfte selbst finanziert werden müsste.

Link zum CDU-Antrag „Duales Pflegestudium“:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0374.pdf>

Link zum Antrag der Koalitionsfraktionen zum Pflegestudium:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0400/drucksache-18-0412.pdf>

Antrag der CDU zur Stärkung der Attraktivität des Pflegeberufes:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0215.pdf>

Antrag FDP „Sprachanforderungen“:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0206.pdf>

CDU-Fraktion lehnt Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde ab Piraten-Antrag offenbart Nachhilfebedarf in Geschichte



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

In der heutigen Plenardebatte stand ein Antrag der PIRATEN auf der Tagesordnung, mit dem die Abschaffung der Fünf-Prozent-Klausel beabsichtigt war.

„Die PIRATEN haben in Sachen Geschichtsunterricht jede Menge Nachholbedarf“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen in seinem Beitrag.

Die Sperrklausel sei eine Lehre aus der Weimarer Republik, in der es eine solche Sperrklausel nicht gab. Die daraus resultierende Parteienvielfalt habe die Demokratie geschwächt. Die Vielzahl der Parteien habe die Mehrheitsbildung im Gegenteil erheblich erschwert und vielfach

auch gänzlich verhindert.

Genau diese Mehrheiten seien in demokratischen Mehrheitssystemen die Voraussetzung dafür, dass politische Entscheidungen getroffen werden können. Die Zersplitterung der Parlamente habe das Scheitern der ersten demokratischen Ordnung in Deutschland daher mit begünstigt. Die Vielzahl der Fraktionen habe die parlamentarische Demokratie handlungsunfähig gemacht. „Das Fehlen einer Sperrklausel hat in der deutschen Vergangenheit eben nicht zu mehr, sondern zu weniger Demokratie geführt!“, stellte der CDU-Fraktionsvorsitzende fest.

Dies sei der Grund, warum die Fünf-Prozent-Hürde sowohl im Bund als auch in Schleswig-Holstein fest im Wahlrecht verankert ist und zudem die Neugestaltung der Landesverfassung 1990 überlebt habe. Einzige Ausnahme sei in Schleswig-Holstein die Befreiung des SSW als Partei nationaler Minderheiten.

„Wir sind es unserer Demokratie schuldig, die Lehren aus Weimar niemals zu vergessen! Darum lehnt die CDU-Fraktion den Antrag ab“, so Callsen.

Zunehmende Diabeteserkrankungen auch in Schleswig-Holstein Nationaler Diabetesplan soll Aufschluss geben

Das Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtags debattierte in seiner heutigen Sitzung (14. Dezember 2012) über zwei Anträge der Koalitionsfraktionen zu Diabetes in Schleswig-Holstein und zu einer Bundesratsinitiative zur Einführung eines nationalen Diabetesplans.

Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Karsten Jasper, stellte in der Debatte heraus, dass bereits heute fast jeder dritte Deutsche über 70 an Diabetes erkrankt sei. „Mit über 270.000 jährlichen Neuerkrankungen – Tendenz steigend – gehört die Volkskrankheit Diabetes zu den häufigsten chronischen Erkrankungen in Deutschland und immer häufiger erkranken auch Kinder und Jugendliche. Das muss sich ändern“, so Karsten Jasper.

Fraktionsübergreifend waren sich die Gesundheitsexperten grundsätzlich einig, dass es erst einmal einer klaren Bestandsaufnahme bedürfe. „Ein Nationaler Diabetesplan kann dabei ein erster Schritt sein und über die Entwicklung Aufschluss geben. Er ist aber natürlich nicht die Lösung des Problems“, so Jasper.

Auf Bundesebene laufe die Entwicklung eines Nationalen Diabetesplans im Bundesministerium für Gesundheit bereits. Einer zügigen Umsetzung gelte nun höchste Priorität.

„Grundsätzlich brauchen wir zur Bekämpfung von Diabetes dann jedoch mehr Prävention, eine bessere Früherkennung und vor allem eine bessere und frühere Patienteninformation“, so Jasper abschließend.

Chronisch kranken Kindern helfen Kinderrehabilitation stärken

Die Zahl der Kinder, die an chronischen Krankheiten wie Asthma, Übergewicht, Diabetes oder psychosomatischen Erkrankungen leidet, ist in den letzten fünf Jahren um fast 20 Prozent gestiegen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fasste sich daher heute (14. Dezember 2012) mit dem Antrag „Chronisch kranken Kindern helfen – Kinderrehabilitation stärken!“.

„Eine stabile Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist eine wichtige Basis für deren späteres Erwachsenenleben. Dabei steht natürlich die Lebensqualität an erster Stelle. Es geht aber auch darum, dass die Heranwachsenden später einen Beruf ausüben und ein selbstständiges, eigenverantwortliches Leben führen können“, stellte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Karsten Jasper, in seiner Rede heraus.

Alle Fraktionen waren sich einig, dass Krankheiten im frühen Kindes- und Jugendalter die Entwicklung der Kinder nachhaltig negativ beeinflussten. Frühzeitige Rehabilitationsleistungen für Kinder würden deshalb auch die Sozialkassen langfristig entlasten. Leider würden diese Leistungen trotz ansteigender Erkrankungen immer seltener genutzt.

„Zurzeit nutzen nur knapp ein Prozent der chronisch kranken Kinder und deren Familien die speziellen Kinderrehabilitationseinrichtungen. Die Anzahl der Anträge ist sogar rückläufig. Diesen Trend müssen wir aufhalten und umdrehen“, forderte Jasper.

Der Antrag sieht eine bessere Vernetzung und einen Runden Tisch der betroffenen zur Situationsanalyse vor.

„Eine bessere Vernetzung zur Aufklärung, eine verlässliche Datenbasis und eine Weiterentwicklung in der Prävention und Beratung sind dringend erforderlich. Nur so können wir den jungen Menschen mit ihrer Erkrankung helfen“, so Jasper abschließend.



Karsten Jasper, MdL

Piraten machen einmal mehr Klamauk

Antrag auf Rederecht für Präsidenten des Landesrechnungshofes wird geschlossen abgelehnt!

Normalerweise werden Anträge nach deren erster Lesung in den zuständigen Ausschüssen diskutiert, bevor über sie im Parlament abgestimmt wird. Heute lehnten die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Grünen und SSW nach der ersten Lesung geschlossen einen Antrag der Piraten auf Rederecht des Präsidenten des Landesrechnungshofes (LRH) im Landtag ab. In seiner Begründung des Antrages hatte der Redner der Piraten unter anderem behauptet, der Bericht des Landesrechnungshofes werde nichtöffentlich behandelt.

Diese Behauptungen stellten sich als falsch heraus. Der – zumeist auch von den Medien breit aufgegriffene Bericht – wird in den Ausschüssen des Landtages intensiv und öffentlich diskutiert, bevor die Ausschüsse dem Plenum ihre Voten – ebenfalls öffentlich – zum Bericht des LRH zuleiten. In den Ausschüssen kommt der Präsident des LRH selbstverständlich auch zu

Wort.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag begründete im Plenum die Ablehnung:

„Verantwortung ist unteilbar - nur wer im Parlament entscheidet, soll dort auch reden!“, begründete der Parlamentarische Geschäftsführer, Hans-Jörn Arp, die Haltung seiner Fraktion.

Alle Abgeordneten des Landtages seien zweifelsfrei auf die Beratung von Experten angewiesen. Ebenso zweifelsfrei komme dem Präsidenten des Landesrechnungshofes eine heraus gehobene Rolle zu. Dies begründe gleichwohl kein Rederecht im Plenum. Die Berater kämen umfangreich in den Ausschüssen zu Wort.

Redner aller Fraktionen warfen den Piraten vor, einmal mehr ganz bewusst nur einen öffentlichkeitswirksamen Antrag gestellt zu haben. Vor diesem Hintergrund kam die geschlossene Ablehnung zustande.



Hans-Jörn Arp, MdL

Probleme der kooperativen Leitstellen lösen! Landesregierung berichtet auf Antrag der CDU-Fraktion

In der vergangenen Landtagssitzung im November wurde die Landesregierung durch einen Antrag der CDU-Fraktion aufgefordert zur nächsten Plenartagung einen Bericht über die technischen Probleme der polizeilichen und kooperativen Regionalleitstellen vorzulegen.

In dem Bericht, den die Landesregierung dem Landtag heute vorstellte, sollte nach Antrag der CDU insbesondere auf das Thema „Aktualisierung des Kartenmaterials und Implementierung der erforderlichen Datenschnittstelle“ eingegangen werden.

In ihrem Debattenbeitrag bezeichnete die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen, funktionierende Leitstellen im Sinne der Fürsorge der Bürger als unerlässlich. Bestehende Probleme müssten deshalb schnell gelöst werden.

„Schleswig-Holstein hat 2005 mit der Einrichtung der kooperativen Regionalleitstellen bundesweit Neuland betreten. Rettungsdienste, Brand- und Katastrophenschutz und die Polizei nutzen nun unter einem Dach eine gemeinsame Systemtechnik, um anfallende Einsätze in enger Abstimmung untereinander zu koordinieren. Das ist ein großer Erfolg“, erklärte Nicolaisen.

Es dürfe jedoch nicht verschwiegen werden, dass mit der Einrichtung der neuen Regionalleitstellen erhebliche Anforderungen an Technik und Personal gestellt worden sei. Daher müssten drängende Probleme, wie die noch nicht abgeschlossene Anbindung der Regionalleitstellen an das Digitalfunknetz und die Aktualisierung des Kartenmaterials, schnell angegangen werden.

„Das reale Straßennetz weicht teils erheblich von der Datenwelt ab. Wo in der realen Welt die Leitstelle Nord und das Neubaugebiet Kamplang in Wanderup stehen, sind in den Karten nur grüne Wiesen. Dieser Punkt kann ganz erhebliche Auswirkungen auf den Einsatzserfolg haben“, so Petra Nicolaisen.

In der „gemeinsamen kommunalen offenen Punktliste“ seien weitere Funktionalitäten bemängelt worden. Nicolaisen forderte daher Innenminister Andreas Breitner auf, für eine schnelle, lückenlose Aufarbeitung der Probleme zu sorgen.

Schriftlicher Bericht der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0337.pdf>



Petra Nicolaisen, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de